95. Jahrgang. Nr. 380 — Mittwoch, 17. August 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden. Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241. Nur für Nachtgespräche: Nr. 20 011. Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.30 RM. (einschließlich 70 Pfg. für Botenlohn), durch Postbezug 3.30 RM. einschließlich 58 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Sachsens 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. usw. Preisnachlaß lt. Tarif. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 20 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorauszahlung.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Die einzige Dresdner Zeitung mit Morgen- und Abendausgabe

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm

Ressortbesprechungen – Die Finanzierung

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 16. August. Zur Erledigung des vom Reichskabinett geplanten Wirtschafts- und Arbeitsbeschaffungsprogramms hielt der Reichskanzler v. Papen heute getrennte Besprechungen mit dem Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold und dem Reichsfinanzminister Grafen Schwerin v. Krosigk ab, in denen die von diesen Ressorts aufgestellten Pläne nochmals eingehend erörtert wurden. Weitere Ressortbesprechungen haben nach den von den amtlichen Stellen gemachten Angaben heute nicht stattgefunden. Eine Unterredung des Reichskanzlers mit dem Reichsbankpräsidenten Dr. Luther ist für Mittwoch vorgesehen. In ihr sollen die Fragen der Finanzierung der von der Regierung zur Wiederbelebung der Wirtschaft geplanten Maßnahmen besprochen werden. Bei diesen Maßnahmen handelt es sich, wie zur Vermeidung von Irrtümern betont werden muß, darum, daß der zweite Teil des von der Regierung bereits vor längerer Zeit beschlossenen Programms, das Gesamtaufwendungen in Höhe von 335 Millionen Mark vorsah, wovon der erste Teil mit 135 Millionen Mark sich bereits in der Ausführung befindet, nunmehr begeben werden soll. Für diesen zweiten Teil sind Mittel in der Höhe von etwa 180 Millionen Mark erforderlich, wovon

50 Millionen für die Siedlung,
50 Millionen für den Straßenbau,
20 Millionen für den Wohnungsbau,
28 Millionen für Oberbauarbeiten der Reichsbahn,
18 Millionen für den Rügendamm und
12 Millionen für Zwecke der Abwrackung

Verwendung finden sollen. Ueber die Beschaffung dieser Mittel haben schon in den letzten Tagen mit der Reichsbank Fühlungnahmen stattgefunden, wobei die Reichsbank gewisse Bedenken zum Ausdruck brachte, ob die Wechsel des Reiches, die sie dafür diskontieren müßte, auch bankfähig seien. Aus dieser Fühlungnahme entwickelten sich Gerüchte, die von einem Konflikt zwischen Reichsregierung und Reichsbank zu erzählen wußten. Diese Gerüchte entbehren jedoch jeglicher Grundlage, da die Reichsbank durchaus ihre Bereitschaft zur Diskontierung von Wechseln, durch die dem Reiche Mittel für die Arbeitsbeschaffung gegeben werden sollen, gezeigt hat. Das Reichskabinett denkt selbstverständlich im Ernst nicht daran, wie andere Gerüchte zu sagen wußten, von der Reichsbank Dinge zu verlangen, die zu einem Konflikt führen müßten. Insbesondere kann gar keine Rede davon sein, daß das Kabinett sich inflationistische Tendenzen zu eigen gemacht hätte oder zu eigen zu machen gedenke.

In den Verhandlungen zwischen Regierung und Reichsbank, die in der morgigen Besprechung des Reichskanzlers mit dem Reichsbankpräsidenten wenn möglich zum Abschluß gebracht werden sollen, spielt auch die Frage eine gewisse Rolle, ob das Reich die Ermächtigung zu einer noch weitergehenden Ausprägung von Silbermünzen voll ausschöpfen soll. Die Ermächtigung, bis zu 30 Mark auf den Kopf der Bevölkerung in Silber auszuprägen, läßt heute dem Reiche noch einen Spielraum von 280 Millionen Mark, was nach Abzug der Unkosten einen Münzgewinn von rund 200 Millionen Mark bedeuten würde.

Mit diesem Münzgewinn könnte eventuell das von der Regierung geplante Programm schon finanziert werden.

Es ist jedoch die Frage zu prüfen, ob der mit Silbergeld schon genügend ausgestattete Zahlungsverkehr eine so starke Ausprägung noch aufnehmen kann oder ob die Reichsbank die neu zu prägenden Münzen bei sich aufspeichern und in der praktischen Auswirkung also doch dem Reiche den Gegenwert kreditieren müßte. Diese Verhandlungen werden aber, wie sich heute schon feststellen läßt, zu einem befriedigenden Ergebnis führen, denn ein Betrag von rund 200 Millionen Mark ist tatsächlich keine Summe, die den Status der Reichsbank irgendwie erschüttern könnte.

In den bisherigen Ressortbesprechungen hat auch die Frage der

Ausdehnung des freiwilligen Arbeitsdienstes

bereits eine starke Rolle gespielt. Wie weit es zur Ausdehnung des freiwilligen Arbeitsdienstes kommt, ist zur Zeit noch nicht geklärt. Als unzutreffend sind dagegen nach den strikten Angaben der amtlichen Stellen die Mitteilungen anzusehen, daß bereits an die Einführung der Arbeitsdienstpflicht gedacht werde. Davon könne, wie man betont, jetzt noch nicht die Rede sein, schon aus dem Grunde, weil noch kein ausreichender Führerstamm für den freiwilligen Arbeitsdienst zur Verfügung stehe. Dagegen ist in den bisherigen Besprechungen bereits die Frage geprüft worden, in welchem Umfange Mittel zur Ausbildung von Führern für den Arbeitsdienst bereitgestellt werden können. Erst wenn man über die genügende Zahl von gut ausgebildeten Führern verfügt, soll der Frage nach der Einführung der Arbeitsdienstpflicht nähergetreten werden. Im übrigen rechnet man damit, daß die Beratungen der Regierung über das Wirtschaftsprogramm möglicherweise sich noch bis gegen Ende des Monats August hinziehen, so daß die gesamten Maßnahmen erst etwa beim Zusammentritt des Reichstages fertiggestellt sein würden. Immerhin will man wesentliche Teile wenn möglich schon vorher in Kraft setzen.

Die Deutschnationalen hinter Papen

Forderungen der Preußenfraktion

Berlin, 16. Aug. Die deutschnationale Fraktion des Preußischen Landtags hielt am Dienstag eine Sitzung ab, über die von der Fraktion folgender Bericht herausgegeben wird: „Der Fraktionsvorsitzende erstattete einen eingehenden Bericht über die politische Lage.

Einstimmig wurde dem Beschluß zugestimmt, daß die Reichsregierung unterstützt werden müsse,

wenn sie jetzt im Reich und in Preußen nach dem völligen Zusammenbruch des parlamentarischen Systems und nachdem selbst die NSDAP. ihre Mitarbeit versagt hat, mit einem wirklichen Präsidialkabinett unabhängig von den Parlamenten regieren will.

Die deutschnationale Landtagsfraktion erwartet, daß in Preußen durch den Reichskommissar ein ordnungsmäßiges, mit nationalen Fachleuten besetztes Kabinett ernannt wird. Sie erwartet weiter, daß die von der früheren preußischen Regierung lediglich aus parteipolitischen Beweggründen ernannten und beförderten Beamten wieder von ihren Aemtern beschleunigt entfernt und durch willensstarke nationale Männer ersetzt werden, damit die nach 13jähriger schwarz-roter Mißwirtschaft notwendigen kulturellen und wirtschaftlichen Gesundungsmaßnahmen endlich durchgeführt werden können.

Die Verordnung des Reichskommissars über die Zusammenlegung von Kreisen und Amtsgerichtsbezirken wurde einstimmig als völlig verfehlt bezeichnet."

Eine Antwort an den „Angriff"

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 16. August. Die Deutschnationale Volkspartei veröffentlicht eine Erklärung, in der sie sich gegen die scharfen Angriffe wendet, die am Montag der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Dr. Goebbels in seinem Organ „Der Angriff" gegen das „Hugenberg-Lager" gerichtet hatte. „Politischer Anstand und politisches Reinlichkeitsgefühl", heißt es in der Erklärung, „sollten eine Kampfesweise, wie sie dem glorreichen System von 1918 eigen ist, auch dann unmöglich machen, wenn die Wut über eine politische Schlappe die Feder führt. Ein natürliches Gefühl der Selbstachtung verhindert uns, auf diese Explosion parteipolitischen Hasses, der eine nationale Schande ist, einzugehen. Die Mahnung des Reichspräsidenten an Hitler, die von ihm angekündigte Opposition der NSDAP. ritterlich zu führen und seiner Verantwortung vor dem Vaterlande und dem deutschen Volke bewußt zu bleiben, scheint für Teile der NSDAP. nur zu berechtigt zu sein."

Vorarbeit im Reichstag

Berlin, 16. August. Wie das Nachrichtenbüro des VDZ. meldet, werden noch in dieser Woche die Arbeiten im neuen Reichstag aufgenommen. So hat die sozialdemokratische Fraktion des neuen Reichstags ihre erste Fraktionssitzung für Freitag, den 19. August, einberufen. Auf der Tagesordnung stehen die Besprechung der politischen Lage sowie die Beratung der im Reichstag einzubringenden Anträge und Gesetzentwürfe.

Am Sonnabend findet eine Fraktionsführerbesprechung statt, in der über die notwendige technische Umorganisation im neuen Reichstag verhandelt wird. Dabei kommt es in erster Linie auf die Aenderung der Platzverteilung, auf die Neuregelung der Arbeitsräume für die in völlig veränderter Stärke wiederkehrenden Fraktionen und auf ähnliche Dinge an. Das Büro des Reichstags hat eine Vorlage ausgearbeitet, die als Beratungsgrundlage dient.

Neuer Pressechef im Reichswehrministerium

Berlin, 16. August. Zum Nachfolger des Majors Marcks als Leiter des Pressereferats im Reichswehrministerium wird, Verlautbarungen zufolge, Hauptmann Foertsch berufen werden, der früher schon im Pressereferat des Wehrministeriums tätig war.

Nationale Jugenderziehung

Wie verworren heute auch die innerpolitischen Zustände sein mögen, wie unabsehbar auch die Entwicklungen der kommenden Wochen: von all diesen Konflikten bleiben unberührt einige große Reformarbeiten, die die Reichsregierung in Angriff genommen hat im Bewußtsein ihrer überparteilichen, staatspolitischen Mission und nach dem Willen des Reichspräsidenten, dem er erst am Sonnabend nach der denkwürdigen Aussprache zu dritt Ausdruck gegeben hat. Wie auch die Machtverhältnisse innerhalb der Rechten sich gestalten mögen, unverrückbar bleibt das Ziel der nationalen Wiedergeburt und damit die Notwendigkeit, unsere Jugend in einem anderen Geiste zu erziehen als in den vergangenen vierzehn Jahren. Das Rundschreiben, das Reichsinnenminister Freiherr v. Gayl an die Unterrichtsminister der deutschen Länder gerichtet hat, ist von allen nationalen und christlichen Kreisen als frohe Botschaft empfunden worden, besonders die Ankündigung, daß nunmehr die Frage des Reichsschulgesetzes „nach wiederholten vergeblichen Ansätzen" der Lösung entgegengeführt werden soll. Bisher lag ja das Schwergewicht der Schulpolitik in den (zumeist von Linkskoalitionen regierten) Ländern, die in dem sehr weit und locker gehaltenen Rahmen der Grundsätze, die die Reichsverfassung vorschreibt, eine Jugenderziehung trieben, wie sie ihrer parteipolitischen, zumeist eben schwarz-roten Konstellation entsprach. Auch die Jugenderziehung wurde in Deutschland Objekt des parteipolitischen Kuhhandels, und an dieser Stelle ist ja des öfteren gekennzeichnet worden, wie in Preußen vor allem, aber auch andernorts, die Forderungen der immer stärker aufbegehrenden christlichen Elternschaft mißachtet wurden, wie die als „Sammelschulen" bezeichneten religionslosen Schulen unter amtlich-freidenkerischer Protektion immer mehr aufblühten, wie das christliche Zentrum ruhig mit ansah, daß die Schule zu einer Domäne des Kulturliberalismus, ja, des Kulturbolschewismus wurde. Es sei nur noch einmal daran erinnert, wie ängstlich die neue Schulordnung das Wörtchen „Gehorsam" vermeidet. Man sagt: „Es ist Pflicht des Schülers, den Anordnungen der Schule und des Lehrers, unter Vorbehalt nachfolgender Beschwerde(!), zu folgen." Es sei daran erinnert, daß der Berliner Magistrat Geld dafür übrig hatte, allen Schulen — auch Mädchenschulen! — ein Exemplar des Buches „Im Westen nichts Neues" zu schenken, daß fanatische Verteidiger der Kriegsschuldlüge, wie Kawerau, der in Frankreich, in England allgemeiner Verachtung sicher wäre, bei uns zu hohen pädagogischen Würden aufstiegen; die Beispiele ließen sich häufen. Der Zweck des Reichsschulgesetzes, um das sich schon zwei von der Deutschnationalen Volkspartei gestützte Regierungen bemüht haben, soll sein, mit diesen unwürdigen Zuständen in deutschen Landen Schluß zu machen. Durch gesetzliche Festlegung des in der Reichsverfassung angekündigten Elternrechts der christlichen Schule beider Bekenntnisse soll eine bessere Sicherung ihres Bestandes gegenüber der religionslosen Schule gewährleistet werden. Von diesem Grundsätzlichen abgesehen, erscheint es aber immer mehr als praktisch notwendig, die Unklarheit und Unsicherheit im deutschen Schulwesen (Lehrerbildung, Lehrplan, Fremdsprachen, die Unzahl der Schulgattungen usw.) durch reichsgesetzliche Angleichung, wenn nicht Vereinheitlichung, zu beenden. In einer Zeit, wo die Seßhaftigkeit weiter Volksschichten aufgehört hat, ist die Umschulung der Kinder zu einem schwierigen, nicht zu unterschätzenden Problem geworden, dem durchaus vom Staat Rechnung getragen werden sollte.

Es war sehr geschickt von Freiherr v. Gayl, sich von vornherein die Zustimmung und Mitarbeit der Länderregierungen zu sichern, als er diese heiklen Fragen wieder in Angriff nahm. Es ist ein unbestreitbarer Erfolg für ihn, daß die „Bayrische Staatszeitung", die ja sonst so gern opponiert, zu dem Erlaß schrieb: „Die in ihm niedergelegten Meinungen bewegen sich in allen Einzelheiten in dem Rahmen, in dem sich der bayrische Schulbetrieb abgespielt hat." Das sieht also so aus, als ob sich nun das Zentrum und seine Schwesterpartei, die Bayrische Volkspartei, eines Besseren besonnen hätte, als wollte es nun endlich die Obstruktion gegen die Keudellsche Vorlage von 1927/28 — auf die ja v. Gayl zurückgreift — und die Duldung des sozialdemokratischen Freidenkertums aufgeben und sich endlich eingliedern in die konservativ-christliche Linie, die dem Zentrum ja eigentlich sein Programm vorschreibt. Wir wollen diese Hoffnungen nicht aufgeben, wenngleich die Umschichtung der Zentrumswählerschaft — Abwanderung alter, katholischer Stammwähler, Zuwachs aus dem liberal-mittelparteilichen Großstädtertum —, die Stoßkraft in diesem Sinne nicht stärken dürfte; zuverlässiger Bundesgenosse der Rechten ist das Zentrum jedenfalls nicht, und in welchem Geiste es den Erlaß Gayls „begrüßt", das zeigt ein Artikel der „Germania", der soeben herausfindet, daß in ihm die